

o.191.214.U'ch.(III) - LB/hw

Den 15. August 1968

A k t e n n o t i z

Schaffung eines schweizerischen
Instituts für Konfliktforschung
und Sicherheitspolitik

Die Herren Nationalräte Arnold und Renschler, Professor Fritsch (Institut für Wirtschaftsforschung der ETH) und H. Buchbinder haben heute bei Bundespräsident Spühler vorgesprochen, nachdem sie zuerst verschiedene Anregungen und Vorschläge schriftlich unterbreitet hatten (siehe Beilage). Ihre Absicht war, einen Diskussionsbeitrag zu den im Gange befindlichen Studien zu leisten. Der vorliegende Projektsentwurf wurde ihnen in kurzen Zügen erläutert. Ihre Stellungnahme lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Ueber die Funktionen des Instituts herrscht weitgehend Einigkeit. Die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen Instituts ist unbestritten. Just die Schweiz ist als neutraler Kleinstaat dazu berufen, auf diesem Gebiet einen besonderen Beitrag zu leisten. (Siehe Beilage S. 1 und 2)
2. Seine Funktionen vermag das Institut nur zu erfüllen, wenn es selbständig konzipiert wird und nicht einseitig (aufs Militärische) ausgerichtet ist; es muss zukunftsorientiert sein. Wissenschaftliches Denken muss mit den Tagesrealitäten verbunden sein. Es sollte nicht ausschliesslich auf bereits Bestehendem aufgebaut werden (Risiko des Ausfahrens alter Geleise!). Etwas vollständig Neues muss geschaffen werden. Gosszügigkeit bei der Konzipierung hilft mit, Begeisterung und den nötigen neuen Geist zu schaffen.
3. Das Institut ist auch dazu berufen, die Oeffentlichkeit mit aussenpolitischen Fragen vertraut zu machen und Verständnis dafür zu wecken.



4. Die örtliche Trennung (Genf-Zürich) birgt schwere Risiken in sich. Organisationserfahrungen zeigen, dass ein neugeschaffenes Institut ein Eigenleben zu entwickeln beginnt und ein notwendiges Gravitationszentrum entstehen lässt. Oertliche Trennung führt indessen zur Aufspaltung und erschwert das nötige gemeinsame tagtägliche Gespräch. Nähe bringt gegenseitige Befruchtung. Wissenschaftliche interdisziplinäre Arbeit ruft nach örtlicher Einheit.

Die Angliederung von Sektionen des Instituts an bestehende Institutionen birgt das Risiko in sich, dass die Sektionen zu "Blinddärmen" werden. Die Ziele sind nicht mehr gewährleistet.

5. Zur Frage der Sitzwahl:

a) gegen Genf spricht:

- das Institut de Hautes Etudes erfüllt mit seiner heutigen Struktur und Arbeitsmentalität die Anforderungen des neuen Instituts nicht.
- der schweizerische Charakter wird im internationalen Genf verwischt.
- die schweizerische Öffentlichkeit und auch das Ausland könnten der irrtümlichen Meinung sein, es handle sich um eine internationale Institution. Misstrauen der Schweizer gegen "das Internationale".

b) für den Standort Zürich spricht:

- das Institut hätte in Zürich die grössere Strahlungskraft.
- auftauchende technische Fragen könnten leichter gelöst werden (ETH/Universität).
- der Deutschschweizer - auch die akademische Jugend - hat die aussenpolitische Durchdringung nötiger als der Romands. (Eine praktische Unterbringungsmöglichkeit würde die Ueberbauung Zürichberg des VPOD bieten.)

6. Der phasenweise Aufbau liegt zweifellos im Interesse der Sache. Es wäre angesichts der Dringlichkeit vieler Probleme wünschbar, wenn die 1. Phase innerhalb eines Jahres realisiert werden könnte.

7. Das Personal sollte unter allen Umständen mindestens umfassen: je einen Computerspezialisten, Simulationsspezialisten, Soziologen,

- 3 -

Oekonomen, Waffenspezialisten, Stadt- und Regionalplaner, Spezialisten für internationales Recht.

8. Die Finanzierung sollte im Interesse des Arbeitsproduktes grosszügig geplant werden (mindestens 1 Mio Franken).
Denkbar sind auch Zuwendungen aus Industrie und Wirtschaft oder aus dem Ausland.

Könnte die Finanzierung aus Mitteln des Nationalfonds erfolgen? (Der Grundsatz der Zweckgebundenheit der vom Parlament beschlossenen Mittel wie auch die politische Tragweite des Projektes machen eine Vorlage an die eidgenössischen Räte notwendig)

Im Hinblick auf eine Vorlage ist eine rechtzeitige Orientierung und Ueberzeugungsarbeit im Volke erwünscht.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Internationale Organisationen
I.A.

Langenbacher